

Leitartikel zur geplanten Umfahrung in Beromünster

Ein Ja entlastet den Flecken Beromünster

Der historische Ortskern von Beromünster, Flecken genannt, soll mit einer neuen Strasse umfahren werden. Die Luzerner Stimmbewölkerung entscheidet am 18. Juni über den Baukredit in der Höhe von 70,6 Millionen Franken. Um es vorwegzunehmen: Es gibt zwar berechnete Kritikpunkte, insgesamt aber ergibt das Projekt Sinn. Es schützt die wertvolle historische Bausubstanz von Flecken und Stiftsbezirk sowie die Bewohnerinnen und Bewohner vor Abgasen, Erschütterungen und Lärm. Zudem erhöht es die Sicherheit, insbesondere beim Schulareal.

Das Vorhaben ist allerdings umstrittener als andere kantonale Strassenbauprojekte, über die wir in der jüngeren Vergangenheit abgestimmt haben. Vor zwei Jahren etwa befürworteten jeweils mehr als 80 Prozent den Ausbau der Strasse durch die Lammchlucht im Entlebuch sowie der Renglochstrasse zwischen Kriens und Malters.

In Beromünster haben die kritischen Stimmen einerseits mit lokalem Widerstand zu tun. So moniert das Nein-Ko-

mittee, das unter anderem aus Grünen, Pro Natura und der IG Baukultur besteht, mit der Umfahrung werde das Verkehrs- und Lärmproblem nur verlagert. Zudem bedeute es viel zu grosse Eingriffe in die Landschaft.

Andererseits werden Umfahrungen seit einigen Jahren generell kritischer beurteilt, denn mit Kulturland muss haushälterischer umgegangen werden. Zudem hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass neue Strassen auch neuen Verkehr anziehen. Beim kantonalen Baudepartement etwa hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Bei aktuellen Planungen favorisiert man statt Umfahrungsvarianten Massnahmen auf dem bestehenden Strassennetz, namentlich im Seetal.

Das Projekt in Beromünster muss man allerdings differenziert betrachten. Positiv ins Gewicht fällt, dass nach Aussage von Regierungsrat Fabian Peter keine wertvollen Fruchfolgeflächen verloren gehen. Zudem ist die neue, bogenförmige Strasse mit 1,4 Kilometern relativ kurz und verläuft nahe am Siedlungsgebiet. Sie

nimmt damit nicht nur den Durchgangs-, sondern auch viel lokalen Verkehr auf. Der Kanton erwartet, dass der Flecken um rund 80 Prozent entlastet wird.

Damit würden auch die Lärmgrenzwerte im Flecken eingehalten, die aktuell bei 76 Gebäuden überschritten werden. Das Nein-Komitee moniert, mit Tempo 30 und einem Flüsterbelag könne man dies ebenfalls erreichen. Notabene viel günstiger, da es keine teure Umfahrung bräuchte. Nur: Ohne diese rollt der ganze Verkehr auch weiterhin durch den Flecken. Und er wird nicht weniger: Bis 2040 rechnet der Kanton mit einer Zunahme von heute täglich 9500 auf knapp 14 000 Fahrzeuge.

Fakt bleibt, dass die Umfahrung grosse Eingriffe in die Landschaft mit sich bringt, beispielsweise eine rund hundert Meter lange Brücke über die Wyna. Auf den ersten Blick mutet es auch seltsam an, dass das Pflegewohnheim Bärgrättli der Umfahrung weichen muss. Allerdings räumen selbst die Gegner ein, dass ein Neubau nötig ist. Die Zimmer des rund 50 Jahren

alten Gebäudes sind zu klein und genügen den heutigen Anforderungen in der Pflege nicht mehr. Laut den Verantwortlichen ergibt es Sinn, dass der neue Standort näher beim Dorfzentrum liegt.

Die Behörden müssen sich aber die Frage gefallen lassen, warum sie im Zusammenhang mit dem Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (Isos), in dem Beromünster verzeichnet ist, kein nationales Gutachten eingeholt haben. Dieses Versäumnis hat der Gemeinde und dem Kanton eine Beschwerde sowie eine Einsprache des VCS Luzern beschert.

Ein juristisches Nachspiel dürfte allerdings kaum drohen, denn die Interessensabwägung der kantonalen Denkmalpflege ist gut nachvollziehbar: Sie gewichtet den Schutz des historischen Ortskerns, dessen Wurzeln tausend Jahre zurückreichen, höher als landschaftliche Einschränkungen der Umgebung. Bereits heute ist im Isos zudem explizit festgehalten, dass eine Umfahrung den Flecken entlasten würde. Die anderen historischen Landstädtchen Sempach, Sursee

und Willisau werden im Übrigen schon länger umfahren.

Der Gemeinderat Beromünster, die bürgerlichen Parteien sowie Teile der SP befürworten das vorliegende Projekt - und wohl auch eine Mehrheit der Bevölkerung vor Ort. Darauf deutet das klare Ja an der Urne zur Ortsplanungsrevision vom vergangenen November hin, worin auch die nötige Umzonung für die Umfahrung gutgeheissen wurde. 2018 forderten zudem 400 Bürgerinnen und Bürger in einer Petition den Gemeinderat auf, mit der Umfahrung vorwärts zu machen.

Nicht zuletzt heisst es für Beromünster «jetzt oder nie». Bei einem Volks-Nein müsste der verkehrsgeplagte Flecken den jahrzehntealten Wunsch nach einer Umfahrung wohl definitiv begraben.



Reto Bieri
reto.bieri@chmedia.ch

U20-Kolumne

Brillenschlangen und ihre Problemchen

In Filmen oder Serien wurden früher die unbeliebten Personen immer mit Brillen dargestellt. Und nach einem Umstyling verschwanden diese logischerweise. Doch nicht nur im fiktiven, sondern auch im realen Leben wurden Personen mit Brillen früher immer wieder gehänselt oder gar gemobbt. Und heute? Jene, die sich über Brillenträger lustig gemacht haben, tragen jetzt eine «Fake-Brille» als Modeaccessoire und fühlen sich damit cool. Die Probleme von den «wahren» Brillenträgerinnen werden hingegen ins Lächerliche gezogen.

Dabei haben es diese nicht leicht. Während Corona war es lästig, da die Brille sich nonstop beschlagen hat. So auch im Winter: Kommt man von aussen in ein Gebäude, sieht man nichts mehr.

«Dafi dini Brölle ahlege?» ist eine Frage, die man als Brillenträgerin schon tausendmal im Leben gehört hat. «Stod mer die Brölle?» oder «Krass, du gsehst ja wöckli nüd!» sind Aussagen, die ich schon auswendig kenne. Und patsch, wieder wurde auf das Glas gefasst. Typisch Nicht-Brillenträger. Die Brille wird zurückgegeben und was sehe ich? Schmutzige und verschmierte Gläser. Und wie immer hat man kein Tuch zur Hand.

Eine Alternative zur Brille sind die Linsen - viel angenehmer sind diese jedoch auch nicht. Bei den gefährlichen Handgriffen ins Auge muss man aufpassen, damit man sich mit den langen Fingernägeln nicht das Auge aussticht. Und immer das mühsame ständige «Drandenken», vor dem Schlafengehen die Linsen zu entfernen - was einem definitiv nicht immer gelingt. Das sind Lasten, welche die Linsen- und Brillenträgerinnen tragen müssen.

«Brillenschlangen» haben es also in ihrem Leben nicht leicht. Also verschlimmern Sie deren Lage nicht zusätzlich.



Laura Kirchhofer,
Kantonsschule Sursee
kanton@luzernerzeitung.ch

Hinweis

Laura Kirchhofer ist 20 Jahre alt und Schülerin an der Kantonsschule Sursee. In der U20-Kolumne äussern sich jeweils alle zwei Wochen Lernende von Kantonsschulen zu einem frei gewählten Thema. Ihre Meinung muss nicht mit derjenigen der Redaktion übereinstimmen.

Regierung will den Tourismus digitalisieren

Die Luzerner Regierung schickt ein neues Tourismusleitbild in die Vernehmlassung.

Dominik Weingartner

Der Kanton Luzern soll ein neues Tourismusleitbild erhalten. Das aktuelle stammt aus dem Jahr 2009. Seither ist viel passiert. Die Coronakrise hat in der Branche zu massiven Verwerfungen geführt. 2019, im letzten Jahr vor der Pandemie, erzielte der Tourismus im Kanton Luzern eine Bruttowertschöpfung von rund 1,3 Milliarden Franken. Corona führte zu einem Rückgang von über 600 Millionen Franken. Die Auswirkungen der Pandemie seien weiterhin spürbar, schreibt der Kanton in einer Mitteilung. Inlandtourismus sei wichtiger geworden. Gleichzeitig seien infolge des Ukraine-Kriegs die Lebenshaltungskosten gestiegen, was dazu führe, dass weniger gereist werde.

Doch Corona habe auch positive Aspekte hervorgebracht. Die Krise habe «die Dynamik für einen nachhaltigeren und resilienteren Tourismus verstärkt», so der Kanton. In ihrem Vernehmlassungsentwurf formuliert die Regierung verschiedene Ziele: Diversifizierte Wertschöpfung, Positionierung als Ganzjahresdestination, Verlängerung der Aufenthaltsdauer, Stärkung der Positionierung als klimaangepasste Destination und ein Tourismus im Einklang mit den Bedürfnissen der Luzerner Bevölkerung.

Bei letzterem Punkt nimmt der Entwurf Bezug auf die Airbnb-Initiative, die in der Stadt



Touristen warten in Vitznau auf ein Schiff.

Symbolbild: Patrick Hürlimann (23. 5. 2023)

Luzern deutlich angenommen worden ist. Diese stehe «exemplarisch für aufkommende Interessenskonflikte» zwischen der einheimischen Bevölkerung und dem Tourismus. Nutzungs- und Zielkonflikte sollen nun frühzeitig antizipiert werden. «Dazu sollen gemeinsam mit den Tourismusorganisationen Kommunikations- und Partizipationsformate implementiert werden.» Die jüngsten Krisen hätten zu-

dem die «Gefahr einer zu starken Abhängigkeit von einzelnen Märkten» gezeigt - gemeint sein dürfte vor allem der chinesische. Der Nachfrageeinbruch bei den Fernmärkten sei zum Teil durch Gäste aus der Schweiz kompensiert worden. Es gelte deshalb, die Chancen und Potenziale der Nahmärkte verstärkt zu nutzen. «Der Fokus auf eine nachhaltige Entwicklung erfordert zudem eine konsequente Ausrichtung

auf Gäste mit langer Aufenthaltsdauer und eine Stärkung der Nebensaison.»

Bewegungsmuster sollen ausgewertet werden

Einen Schwerpunkt will die Regierung bei der Digitalisierung legen. «Digitale Gästekarten bieten hierfür die ideale Grundlage. Sie seien nicht nur Türöffner, sondern bieten auch die Möglichkeit, die Bewegungsmuster der Gäste zu erforschen».

Geplant ist also offenbar, die Touristen zu tracken. «Es ist notwendig, im Rahmen der eingeschränkten legalen Möglichkeiten den Zugang zu Daten als Ressource zu verbessern und verbreitern. Weiter ist geplant, das Meldewesen zu digitalisieren. Für die Umsetzung des Leitbildes ist das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement von Regierungsrat Fabian Peter (FDP). Hauptumsetzungspartnerin ist die Luzern Tourismus AG. «Die ab 2024 zu erneuernde Leistungsvereinbarung mit der Luzern Tourismus AG wird in den kommenden Jahren schrittweise auf die Inhalte des neuen Tourismusleitbildes ausgerichtet», heisst es.

Der Kanton will dafür auch Geld in die Hand nehmen. So sind für die Digitalisierung zusätzliche Ausgaben von 400 000 Franken vorgesehen, die die Luzern Tourismus AG für den Ausbau und Betrieb von digitalen Dienstleistungen einsetzen soll. Weitere 200 000 Franken sind für die Dienststelle Raum und Wirtschaft vorgesehen, um Vorarbeiten für die Digitalisierung etwa des Meldewesens zu leisten. Auch die kantonale Beherbergungsabgabe soll von heute 50 Rappen pro Person und Logiernacht auf 80 Rappen erhöht werden. «Damit ergeben sich schätzungsweise zusätzliche Erträge in der Höhe von 500 000 bis 700 000 Franken.»